

Fachleute - die grossen Aufsteiger

Arbeitsmarkt Bei Fachkräftemangel sollen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, sagt Ökonom George Sheldon

VON STEFAN SCHUPPLI

Am heute erstmals stattfindenden Basel Economic Forum zum Thema Fachkräftebedarf und -mangel sprechen Bundesrat Johann Schneider-Ammann und zahlreiche Fachleute wie etwa der Arbeitsmarktspezialist George Sheldon, der im bz-Interview zu Wort kommt.

Je länger, je mehr fehlen auf dem Arbeitsmarkt die Fachleute. Warum?

George Sheldon: Es ist nicht immer so ganz klar, ob ein Fachkräftemangel vorherrscht. Für eine gegebene Tätigkeit kann man verschiedenste Personen mit unterschiedlichen Qualifikationen rekrutieren. Und umgekehrt kann man mit einer gegebenen Qualifikation viele verschiedene Tätigkeiten ausüben. Ein Beispiel: 60 Prozent der Lehrabsolventen in der Schweiz üben einen anderen als den gelernten Beruf aus. Oder 70 Prozent der IT-Fachkräfte in der Schweiz haben kein Informatik-Studium hinter sich. Unter diesen Umständen ist es nicht so leicht, Angebot und Nachfrage klar abzugrenzen, um einen Mangel festzustellen.

Es gibt Firmen in der Region, die suchen Ingenieure. Im Dutzend.

Das ist schon möglich. Knappheiten sind ein Wesenszug einer Marktwirtschaft. Es geht immer darum, knappe Ressourcen effizient zu allozieren, zu verteilen. Es überrascht deshalb nicht, wenn Arbeitskräfte einem Arbeitgeber zu den vorherrschenden Bedingungen zuweilen fehlen. Aber Arbeitsbedingungen lassen sich verändern beziehungsweise verbessern.

Etwa durch höhere Löhne?

Beispielsweise, ja. Es können auch andere Arbeitsbedingungen sein, etwa Gleitzeit. Wenn man sie nicht im Ausland rekrutieren kann und das Bildungssystem nicht im nötigen Tempo die passenden Leute liefert, bleibt nichts anderes übrig, als die Bedingungen zu verbessern. Das bedeutet aber, dass diese Arbeitskräfte von einem anderen Arbeitgeber weggenommen werden. Wenn die Firmen doppelt so hohe Löhne zahlen, würden sie nicht von Knappheit sprechen. Denkbar ist auch eine Umgestaltung der Produktionsprozesse, sodass die Firma von diesen Arbeitskräften nicht mehr so angewiesen ist. Knappheit ist immer eine bedingte Knappheit.

Was könnte man kurzfristig dagegen tun?



Fachpersonen sind die grossen Aufsteiger. Vielfach kommen sie aus dem Ausland (im Bild der Eingangsbereich im Technopark Stücki in Basel).

ZVG

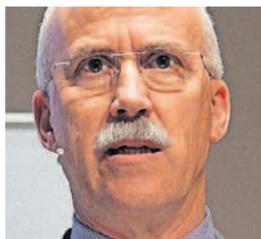
Wenn die Grenzen offen sind und die bilateralen Abkommen gelten, könnte man die Personen im Ausland rekrutieren.

Das Problem würde ins Ausland ausgelagert.

Ja, wenn man so will. Deutschland hat da tatsächlich die viel grösseren Probleme. 50 bis 60 Prozent der in die Schweiz eingewanderten haben Hochschulabschluss. Die Attraktivität der Schweiz ist gegeben.

Wird sich diese Mangelwirtschaft wegen der Masseneinwanderungsinitiative nicht noch weiter verschärfen?

Das wird so sein, aber das letzte Wort ist da noch nicht gesprochen. Angedacht ist eine Abstimmung über die bilateralen Abkommen. Wenn das Volk Ja sagen würde, bedeutete dies Personenfreizügigkeit. Momentan kann man die Arbeitskräfte im Ausland rekrutieren, aber wie die Sache in zwei Jahren aussieht, weiss niemand.



«Frauen haben vor allem im Gesundheitswesen eine Chance.»

George Sheldon Emeritierter Professor an der Universität Basel

Was muss langfristig getan werden?

Je länger die Frist ist, desto schwieriger die Aussage dazu. Man kann nicht prognostizieren, wie das Knappheitsverhältnis etwa bei Ingenieuren in fünf oder zehn Jahren ist. Man muss dazu wissen, wie sich das Bildungssystem entwickelt, wie viele Absolventen es gibt, wie viele Aufträge. Anhaltspunkte ergibt die Berufswahl-Analyse des Bundes, die alle fünf Jahre bei Jugendlichen durchgeführt wird. Diese Erhebung wird zu Prognosezwecken fortgeschrieben. Der Trend geht Richtung höhere Berufsausbildung. In fünf Jahren könnte der Markt vollkommen ausgeglichen sein. Angesichts der Vielzahl von Unschärfen und prognostischen Unsicherheiten bezüglich des Fachkräftebedarfs sollte das Bildungssystem für hohe berufliche Flexibilität sorgen.

Manchmal kommt es anders, als man denkt.

Es gibt immer wieder unerwartete Entwicklungen und danach entsprechende Anpassungsprozesse. 2007 suchten die Banken beispielsweise händeringend Informatiker. Dann kam die Finanzkrise, und plötzlich wurden sie nicht mehr gebraucht. Ähnliches wurde 1999 zum Übergang ins neue Jahrtausend registriert. Kurz darauf gab es Arbeitslosigkeit.

Sind Knappheiten auch mit Chancen für Frauen verbunden?

Das hängt von der Qualifikation ab. In technischen Berufen sind Frauen eher selten, aber im Gesundheitswesen sind sie stark vertreten, und dort gibt es die grössten Möglichkeiten.

Und bei älteren Personen?

Da ist das Potenzial beschränkt, weil die Erwerbstätigkeit der älteren Personen bereits hoch ist.

Honorar-Affäre

Regierungsräte im Visier der Stawa

In der Affäre um die nicht korrekte Deklaration von Nebeneinkünften hat die Basler Staatsanwaltschaft ihre Untersuchungen ausgeweitet: Abgeklärt wird nun auch, ob amtierende Regierungsräte, darunter Eva Herzog, Christoph Brutschin (beide SP) und Christoph Eymann (LDP), gegen das Gesetz verstossen haben. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft bestätigte am Samstag entsprechende Angaben der «Basler Zeitung». Bereits seit 30. Juli läuft von Amtes wegen ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen alt Regierungsrat Carlo Conti (CVP). (SDA/BZ)

INSERAT

Rscan-gxdeH

„Ecopop ist unmenschlich und gefährlich...“

...weil Ecopop MigrantInnen zu Sündenböcken macht.“

Elisabeth Ackermann,
Co-Präsidentin
Grüne Basel-Stadt



NEIN ZU ECOPOP
Komitee solidarische Schweiz

www.nein-zu-ecopop.ch

ANALYSE zur geforderten Überarbeitung des Wahlgesetzes

Jetzt Traditionen infrage stellen

Von «Vernichtung» war die Rede im Grossen Rat und von «Artenschutz für Parteien». Das Thema: eine erneute Überarbeitung des Basler Wahlgesetzes. Die Motion von Grossrätin Sibel Arslan (GB) erhitzte die Gemüter. Nicht alle so stark wie jenes von Volksaktions-Irrläufer Eric Weber, der sich in seiner Existenz bedroht sieht, aber das Thema liegt Politikern naturgemäss nahe am Herzen. Arslan will, dass die jetzt geltende Regelung für das Quorum geändert wird. Bei den letzten Wahlen musste eine Partei in einem Wahlkreis über vier Prozent kommen, um überhaupt in die Verteilung der Stimmen einbezogen werden zu können. Und auch dann nur in eben diesem Wahlkreis.

Nicht mehr wie früher, wo man nur in einem einzigen Wahlkreis die Fünfprozenthürde nehmen musste, um dann in allen Wahlkreisen berücksichtigt zu werden. Der kantonsweite Stimmenanteil kann so eine geringere Rolle spielen. Das führte dazu, dass die «Volksaktion gegen zu viele Ausländer» mit ihren 1,2 Prozent kantonsweitem Stimmenanteil auf zwei Sitze



Nicolas Drechsler

«Es geht nicht darum, ob Eric Webers Volksaktion in den Grossen Rat gehört oder nicht.»

kam, die EVP mit ihren 4,2 Prozent auf nur einen Sitz. Das bilde den Wählerwillen nicht ab, so die Kritik von links. Die Bürgerlichen hielten mit der Regierung dagegen, man könne nicht nach einer Wahl die Regeln wieder ändern, nur weil einem das Resultat nicht in den Kram passe.

Recht haben beide irgendwie. Und deshalb ist es nicht so schlecht, dass die Regierung sich nun - gegen ihren Willen - mit der Frage beschäftigen muss. Es geht nicht darum, ob Eric Webers Volksaktion in den Grossen Rat gehört oder nicht. Auch nicht darum, ob die EVP dort mit mehr als nur einer Vertreterin Einsitz nehmen sollte. Es geht darum, die grundlegenden Fragen nochmals zu stellen, denn die jetzige Lösung, ausgearbeitet von einer Spezialkommission, ist nicht wirklich befriedigend.

Macht es wirklich Sinn, Basel in die Wahlkreise Grossbasel-West, Grossbasel-Ost und Kleinbasel aufzuteilen? Der Sinn dahinter war ursprünglich, dass alle Stadtteile gemäss ihrer Einwohnerzahl im Grossen Rat vertreten sein sollten. Dieses System haben die

Parteien selbst aber längst ad absurdum geführt, indem sie Kandidaten in einem Wahlkreis aufstellen, die in einem anderen wohnen. Lokale Interessenvertretung sieht anders aus. Entweder etabliert man hier eine Wohnsitzpflicht, oder man nimmt den Wahlkreisen ihre vermeintliche Wichtigkeit, indem man zu einem kantonsweiten Quorum bei den Wahlen findet. Dieses würde sinnvollerweise wohl bei drei oder vier Prozent zu liegen kommen.

Die zweite Variante wäre die radikalere, nämlich der gänzliche Verzicht auf die Wahlkreise. Es ist anachronistisch, sich auf die verschiedenen Mentalitäten in den Quartieren zu berufen. In den allermeisten Fällen stimmen Grossräte entlang der Parteilinien, nicht nach dem Interesse ihres Wohnquartiers ab. Weil, was der ganzen Stadt nutzt, am Ende auch für ihre einzelnen Wahlkreise gut ist. Also, wenn das Wahlgesetz schon nochmals besprochen wird, dann diesmal bitte richtig und ohne Scheu, Traditionen infrage zu stellen.

@ nicolas.drechsler@bzbasel.ch